Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 18. Februar 2020 um 12:38 Uhr

**Bezug zum Habitat Deutschland verloren?**

## Niedersachsen stimmt im Bundesrat dem erleichterten Abschuss von Wölfen zu - und der Landestierschutzverband zeigt Olaf Lies die Zähne

Dienstag 18. Februar 2020 - **Wrestedt** / **Hannover (wbn). Niedersachsen hat im Bundesrat dem erleichterten Abschuss von Wölfen zugestimmt. Der Landestierschutzverband Niedersachsen übt daraufhin heftige Kritik an Umweltminister Olaf Lies.**

Dieser sei „überfordert“. Dieter Ruhnke, Vorsitzender vom Landestierschutzverband Niedersachsen: „Er gibt sich der Illusion hin, dass durch einen Abschuss geregelt werden könnte, wo Wölfe in Niedersachsen leben können. Die einzige Lösungsoption lautet Abschuss. Und Lies scheut sich dabei nicht, gegebenenfalls das Europarecht zu brechen“. Die Politik habe den Bezug zum Habitat Deutschland verloren.

Fortsetzung von Seite 1 Nachfolgend die Stellungnahme des Landestierschutzverbandes Niedersachsen im Wortlaut:

„Rund 20 Jahre Wölfe: Einige der wenigen Erfolgsgeschichten des Naturschutzes wird voraussichtlich schon bald ein Ende nehmen. Mit der Zustimmung des Bundesrates ist der Weg für einen leichteren Abschuss von Wölfen geebnet und den Tieren wird damit der Schutzstatus quasi aberkannt. Obwohl die Ausschüsse für Umwelt und Naturschutz sowie für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates den Ministerpräsidenten der Bundesländer empfohlen haben der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes nicht zuzustimmen, weil die Änderungen als europarechtswidrig einzustufen sind, haben sich die Länder über die Empfehlung hinweggesetzt.

Allen voran das Land Niedersachsen mit einem in der Sache überforderten Umweltminister Olaf Lies. Mit einem Wolfs-Managementplan will er die Zahl der Tiere in Niedersachsen regulieren sowie einen Plan entwickeln, wo Wölfe leben können.

„Er gibt sich der Illusion hin, dass durch einen Abschuss geregelt werden könnte, wo Wölfe in Niedersachsen leben können. Die einzige Lösungsoption lautet Abschuss. Und Lies scheut sich dabei nicht, gegebenenfalls das Europarecht zu brechen“, fasst Dieter Ruhnke,

Vorsitzender vom Landestierschutzverband Niedersachsen zusammen.

Mit dieser Entscheidung zeigen der Ministerpräsident und der Umweltminister dass sie sich nicht mehr an ihren Amtseid nach Artikel 31 der niedersächsischen Verfassung gebunden fühlen - der verlangt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze zu wahren und zu verteidigen.

Aus Sicht des Landestierschutzverbandes ist die Politik in Niedersachsen seit Rückkehr des Wolfes unfähig die Naturschutzinteressen durch Dialog, Information, Weiterbildung und Unterstützung in Einklang zu bringen. Die Politik hat den Bezug zum Habitat Deutschland verloren.

„Wenn Tiere ihr arttypisches Verhalten zeigen oder vermeintliche Schäden verursachen, fällt der Politik nichts anderes ein als diese zu töten. Diese Tiertötungen haben einen reinen monetären Ansatz, ohne sich mit den tatsächlichen wildtierbiologischen Grundsätzen und der Ursache - Fehlentwicklungen die durch das Handeln den Menschen herbeigeführt wurden - zu befassen. Die Politik hat den Bezug zum Habitat Deutschland verloren, so Ruhnke. „Mit großer Sorge betrachten wir die weitere Entwicklung des Tier- und Naturschutzes in Niedersachsen.““